

Wahlprüfstein – 20 Jahre nach dem Mauerfall: Bekanntnis zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht

DIE LINKE ringt weiter mit der Bewältigung ihrer SED-Vergangenheit und manche Unverbesserlichen verkünden schon wieder die alten DDR-Parolen. Die deutsche Einheit ist noch nicht vollendet, denn die Vergangenheit wird verdrängt, bevor sie verarbeitet werden konnte. Wer weiß heute schon noch etwas von der Zerstörung der Familien durch politische Gängelung und Verfolgung, der Zerschlagung von Lebensentwürfen, „Zersetzung“ von Andersdenkenden, politischen Gefangenen und „Freikauf“, Zwangsadoptionen von Kindern politischer Gegner, und den bis heute wirksamen Folgen für die betroffenen Menschen und ihren Angehörigen?

Die Erklärung der LINKEN zu ihrer Verantwortung für dieses DDR-Unrecht ist ungenügend: Immer noch lässt sie ein eindeutiges Bekenntnis und eine unzweideutige Festlegung zur Achtung der Menschenrechte und freiheitlichen Grundordnung unseres Staates vermissen.

Mit dem nachfolgenden Appell wollen wir als Menschenrechtsorganisation an die Verbrechen der DDR erinnern, von denen sich DIE LINKE bisher nicht eindeutig distanziert hat.

An die Vorsitzenden
der Parteien im Deutschen Bundestag

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Sie hat die Menschenrechte aller andersdenkenden DDR-Bewohner über Jahrzehnte hinweg auf das Schwerste verletzt. Erinnern wir uns! Wie sah das Leben in der DDR wirklich aus? - Zum Alltag gehörte

- obligatorischer Wehrkundeunterricht und vormilitärische Ausbildung der Jugendlichen
- Verpflichtung aller Geistesschaffenden – vorrangig der Richter - zur sozialistischen Parteilichkeit
- Vorenthaltung der innerdeutschen und internationalen Reisefreiheit
- ein allgegenwärtiger und allmächtiger Staatssicherheitsdienst mit Spitzeln in allen Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und den Kirchen
- Begünstigung und Unterstützung des internationalen Terrorismus
- Systematischer Terror durch hohe Freiheitsstrafen für geringfügige Vergehen
- Psychische Folter und unmenschliche Haftbedingungen
- Missbrauch seelenheilkundlicher Mittel und „Methoden zur Bestrafung und Diskreditierung („Zersetzung“) Andersdenkender
- Zwangsadoption von Kindern politisch Verfolgter
- Zwangsmitgliedschaft in paramilitärischen Kampftruppen
- Zwangsausweisungen von politisch missliebigen Personen
- rund eintausend rechtswidrige Tötungen an der Mauer und innerdeutschen Grenze
- Tarnung von politischen Morden als „Unfall“ oder „Selbstmord“, Hinrichtungen

Verantwortlich dafür waren neben der KPdSU die DDR-Staatspartei SED und das Ministerium für Staatssicherheit. Nach der friedlichen Revolution schlüpfte die SED in ein anderes Kleid und gab sich einen neuen Namen. Sie strebt nach Mitsprache und verharmlost und verklärt die Vergangenheit. Für die Opfer der bis 1989 verübten Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes, d.h. der Herrschaft der SED, ist der zu verzeichnende Machtzuwachs der LINKEN eine schwer zu ertragende Entwicklung. Während die Opfer von politischer Verfolgung und Haft, Mauerbrand und Bespitzelung, Studier- und Ausbildungsverbot unwiederbringlich ihrer Lebensperspektiven beraubt wurden, will die umbenannte SED diese hunderttausendfachen Schicksale schulterzuckend als bloße Fehler oder leider unvermeidliche Irrwege dieser Partei hinstellen. Und das, um sich den Weg zu neuer Macht, einer erneuten sozialistischen Umgestaltung unseres Landes zu ebnet. **Dagegen protestieren wir.**

Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, nur mit jenen eine Zusammenarbeit anzustreben, die ein klares Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte, zur demokratischen Grundordnung **und zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht abgeben**, dessen Verharmlosung, Nostalgie und Bündnissen mit Altgestrigen entgegnetreten und danach auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen handeln.

Ich unterstütze diesen Appell der IGMF

Name, Anschrift, _____

Bitte senden Sie mir weitere __ Exemplare dieses Aufrufs



Die Wahrheit ans Tageslicht bringen! DDR-Unrecht nicht verharmlosen oder verdrängen!

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit Sitz in Frankfurt am Main kann dabei helfen. In Hunderten unserer Aktenordner ist die böswillige Zerstörung des Lebens von DDR-Bürgern, die Verletzung der Menschenwürde, die Missachtung internationaler Maßstäbe und der Regeln mitmenschlichen Umgangs, das Zunichtemachen von Lebensentwürfen und Hoffnungen belegt – es sind Briefe, Fotos und andere erschütternde Dokumente. Diese Vergangenheit muss aufgearbeitet werden. Es geht uns dabei nicht um die Bestrafung der SED-PDS-LINKE und auch nicht um eine wortreiche Verurteilung der Schuldigen und jener, die ihnen heute leichtfertig-verständnisvoll die Hand reichen. Es geht uns um die Erkenntnis, dass schwere Verbrechen im Namen des deutschen Volkes verübt wurden und über diese mit klaren, unmissverständlichen Worten gesprochen wird. Verbrechen müssen als solche benannt und in die Geschichtsbücher aufgenommen und bezeichnet werden. Die juristische Verjährung macht die Täter und Verantwortlichen nicht zu Unschuldigen.

Viele von ihnen tragen heute in demokratischen Parlamenten politische Verantwortung. Das haben sie auch unserem damaligen Engagement für die Verwirklichung von Menschenrechten in der DDR zu verdanken. Die Freiheit von Andersdenkenden ist eine Garantie auch für unsere Freiheit heute. Aber das Bewusstsein des Wertes der Freiheit sinkt offensichtlich, je weiter die Diktatur entfernt ist - es sei denn, man befasst sich mit ihr. Vielen ist die Diktatur des Dritten Reiches vor 70 Jahren bedeutend näher als die Diktatur in der DDR vor 20 Jahren. Wir wollen nicht warten, bis uns spätere Historiker die "wahre" Geschichte der DDR erklären – **wir wollen als Menschenrechtsgesellschaft unser lebendiges, auf eigenem Erfahrungsschatz beruhendes Wissen verbreiten.**

Jetzt die Akten zu schließen, um Ruhe zu haben, ist der falsche Weg. Schon sind bei Diskussionen darüber jene zur Stelle, die ihr Leben in der DDR zu verklären trachten, Nostalgie- und Phantasielegenden verbreiten und den Kampf gegen jede wieder aufnehmen, die damals schon Unrecht aufgedeckten und für die Menschenrechte eintraten. Man geht mit dem gleichen Mittel vor: Verunsicherung durch Lügen, heute weltweit in Wikipedia. Es gibt noch viele Kurras unter uns, vor allem auch im Westen Deutschlands, die ohne Gefahr für die eigene Freiheit – zum Teil gegen Geld – das Leben von anderen bespitzelt und deren Freiheit und Entwicklung zerstört haben. Und es waren nicht nur die großen, bekannten Bürgerrechtler die litten, sondern auch ganz besonders einfache Menschen, die in die Mühlen des DDR-Unrechtsregimes gerieten, weil sie einfache Menschenrechte für sich und ihre Familien einforderten. Sie mussten sich allein verteidigen und hatten gegen den Stasi-regiegeführten Ablaufs ihres Kampfes keine Chance – wiederum nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Und solange hier keine Aufklärung erfolgt ist, muss Bündnissen zwischen Demokraten und denen, die Demokratie nur zum eigenen Vorteil, zur Kontrolle und Unterdrückung Andersdenkender verboten haben und die Wahrheit weiter verbiegen, eine klare Absage erteilt werden.

Wir helfen aufzuklären, aber wir brauchen dafür Ihre Unterstützung.

Spendenkonto: 23 000 725 BLZ 512 500 00 Taunussparkasse Bad Homburg Kennwort: Anzeige

V. i. S. d. P.: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main, www.igfm.de